

Polen? – Im Herzen Europas!

Unser Nachbarland zu verstehen, ist der Schlüssel für ein solidarisches Europa

von Dietmar Nietan

23. September 2001: Bei den Parlamentswahlen in Polen gewinnt die SLD (Vereinigte demokratische Linke) 41 Prozent der Stimmen und verfehlt nur knapp die absolute Mehrheit. Das bis dahin regierende bürgerliche Wahlbündnis AWS verliert nicht nur diese Wahlen, es erreicht noch nicht einmal mehr die 5 Prozent Hürde und hört damit auf zu existieren. Mit Ministerpräsident Leszek Miller und Bundeskanzler Gerhard Schröder stehen erstmals seit der Wende in Polen und Deutschland gleichzeitig zwei Sozialdemokraten an der Spitze der jeweiligen Regierung.

Nie schienen die Voraussetzungen für eine enge Kooperation beider Staaten besser. Schließlich gab es auch auf der Ebene der beiden Parteien SLD und SPD eine gute Zusammenarbeit. Unter der Leitung des ehemaligen Polnischen Ministerpräsidenten Jozef Oleksy und Christoph Zöpel, MdB, hatte sich 1998 eine ständige gemeinsame Arbeitsgruppe beider Parteien etabliert, die auch heute noch existiert. Als dann auch noch genau ein Jahr nach den Polnischen Parlamentswahlen am 22. September 2002 SPD und Grüne erneut die Bundestagswahl gewinnen, scheint einer kontinuierlichen Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen nichts mehr im Wege zu stehen. Beim EU-Gipfel in Kopenhagen im

Dezember 2002 führt die intensive Zusammenarbeit von Gerhard Schröder und Leszek Miller dazu, dass die polnische Delegation dort die Beitrittsverhandlungen mit einem guten Ergebnis für die polnische Seite abschließen kann.

Nur ein Jahr später am Ende des Jahres 2003 scheint von dieser verständnisvollen Zusammenarbeit nichts mehr übrig zu sein: Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland befinden sich in einer Krise. Der Irak-Krieg, die Kampagne von Erika Steinbach

und Peter Glotz für ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin und die Frage der Regelung zukünftiger Entscheidungen des Europäischen Rates im vorliegenden EU-Verfassungsentwurf – drei politische Fragen, die ausgereicht haben, längst überwunden geglaubte Gräben neu aufzureißen. Drei Fragen, an denen sich erschreckend deutlich ablesen lässt, was der ehemalige polnische Botschafter Janusz Reiter richtig beschrieben hat: „Die Deutschen verstehen die Polen nicht mehr und die Polen vertrauen den Deutschen nicht mehr.“

Funkstille im Irak-Konflikt

Wer die polnische Geschichte ein wenig kennt, den hat es sicher nicht gewundert, dass sich die polnische Regierung in der Irak-Frage eindeutig auf Seiten der USA positioniert hat. Angesichts der ungewissen weiteren Entwicklung in der Russischen Föderation und den noch tief im Bewusstsein der Polnischen Nation verwurzelten schrecklichen

Erfahrungen mit dem Deutschen Faschismus und der danach folgenden Unterdrückung durch den Sowjet-Kommunismus ist für jeden Polen die Frage einer starken Schutzmacht, die letztlich Polens Sicherheit garantiert, von größter Bedeutung. Das dies aus polnischer Sicht nur die USA sein können und nicht eine EU, deren gemeinsame Außen-

und Sicherheitspolitik noch in den Schuhen steckt, ist einleuchtend. Dass ausgerechnet in Deutschland viele Verantwortliche daraus den irren Schluss gezogen haben, die Polen hätten sich mit dieser Vorgehensweise für die USA und gegen Europa entschieden, hat dort viele Menschen enttäuscht. Hier wäre auf der deutschen Seite mehr Fingerspitzengefühl notwendig gewesen. Vielleicht ist es an dieser Stelle auch hilfreich, darauf hinzuweisen, dass sich (von Ausnahmen abgesehen) die deutsche Sozialdemo-

kratie in den 80er Jahren während des Kriegsrechts in Polen nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat. Dies sollte man im Hinterkopf haben, wenn man es als kritischer Zeitgeist nicht so recht nachvollziehen will, warum für alle Länder des ehemaligen Ostblocks die USA eine besondere Bedeutung haben.

Als Gegner des Irak-Krieges habe ich die polnische Position zwar nicht geteilt, aber ich habe sie sehr gut verstehen und damit auch akzeptieren können. Nach dem Schulterchluss mit Frankreich gemeinsam einem Krieg im Irak zu widerstehen, wären intensive Konsultationen der deutschen Regierung mit der polnischen Seite sehr hilfreich gewesen. Man hätte für die jeweils andere Position Verständnis entwickeln und deutlich machen können, dass es eben nicht um die Frage geht, ob man für oder gegen die USA ist. So war denn auch die polnische Regierung ziemlich verschupft darüber, dass das „Antikriegstandem“ Deutschland/Frankreich so agierte, als gebe es keine Partner in Europa, die man auch dann über gemeinsame Vorgehensweisen informiert, wenn sie eine andere Meinung haben. Der mittlerweile berühmte proamerikanische „Brief der Acht“, den auch Polens Premier Miller unterschrieben hat, war sicherlich ein Fehler. Aber er war auch eine Reaktion auf den Alleingang „der zwei Großen“ in der EU. Auch wenn es keine Achse Paris, Berlin, Moskau gegeben hat, muss man sich überlegen, welche Assoziationen bei vielen Polen ausgelöst wurden, wenn auf einmal in einer hochbrisanten Frage für Frankreich und Deutschland Russland ein wichtigerer Gesprächspartner ist, als Polen. Dass auch Leszek Miller in dieser Zeit lieber den „Musteralliierten“ spielte, als sich um einen intensiven Dialog mit Frankreich und Deutschland zu bemühen, vertiefte die Sprachlosigkeit. Diese Funkstille hätte es angesichts der bis dahin so guten und intensiven Beziehungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung nicht geben dürfen. Als dann noch Frankreichs Präsident Chirac die Polen, wegen ihrer Vorgehensweise im Irak-Konflikt auf rüde und arrogante Art, wie undankbare Kinder behandelte, wurde der Grundstein für die zwar falsche aber mittlerweile in Polen weit verbreitete Ansicht gelegt, Frankreich und Deutschland wollten die EU dominieren.

Enttäuschung über die funktionalistische Sicht der EU-Erweiterung in Deutschland

Das von Jacques Chirac gezeichnete Bild der „undankbaren“ Polen geistert leider auch in

Beim EU-Gipfel in Kopenhagen führte die intensive Zusammenarbeit von Gerhard Schröder und Leszek Miller dazu, dass die polnische Delegation die Beitrittsverhandlungen mit einem guten Ergebnis abschließen kann.

Dietmar Nietan, SPD MdB, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und dort zuständig für die SPD Berichterstatter für Polen, lebt in Düren und ist dort SPD-Unterbezirkvorsitzender.

den Köpfen vieler Deutschen herum. Darin schwingt die Attitüde mit, unsere armen Brüder und Schwestern in Mittel- und Osteuropa müssten uns doch dankbar dafür sein, dass wir sie jetzt in den exklusiven Klub namens EU lassen. Auch wenn es politisch Verantwortliche in Deutschland so nicht sagen, ein wenig schwang diese Haltung schon in den Reaktionen auf die polnische Haltung im Irak-Krieg auch auf Regierungsseite mit. Man sollte nicht unterschätzen, dass dies in Polen sehr empfindsam registriert wird. Angesichts dessen, was gerade die Polen für den Sturz des Sowjet-Kommunismus in Mittel- und Osteuropa getan haben und auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass gerade Deutschland schon seit vielen Jahren von den Vorbereitungen der polnischen Volkswirtschaft auf den EU-Beitritt am meisten profitiert, hat man in Polen zu recht für solche Attitüden kein Verständnis. Polen kehrt mit seinem Beitritt dahin zurück, wo es immer schon hingehörte: In das Herz Europas. Dass diese Wiedervereinigung Europas in vielen EU-Staaten, aber insbesondere gerade in Deutschland oft nur unter kühlen Kosten-Nutzen-Kalkulationen diskutiert wird, hat viele Polen enttäuscht. Da wundert es nicht, dass auf einmal die Frage der Stimmengewichtung im Europäischen Rat zum Kristallisationspunkt der polnischen Identitätsfindung in der EU wurde.

Eine schwache polnische Regierung nahm „Nizza oder Tod“ wörtlich

Dank des Einsatzes der Bundesregierung bescherte der unrühmliche Kompromiss der Regierungskonferenz in Nizza aus dem Jahre 2001 den Polen im Europäischen Rat fast genau so viele Stimmen, wie Frankreich oder Deutschland. Diese rein symbolische Aufwertung Polens, würde sich der beim im Verfassungsentwurf vorgesehenen Doppelten Mehrheit ändern: Zwar würde Polens Gewicht im gesamten Ministerrat eher sogar noch etwas größer, aber durch die stärkere Berücksichtigung der Einwohnerzahl wäre der „Abstand“ zu Frankreich und Deutschland größer.

Nicht die Frage des relativen Stimmengewichts in der erweiterten EU, sondern das vermeintliche Gewicht als großer EU-Mitgliedsstaat im Vergleich zu den beiden Großen Frankreich und Deutschland wurde in den polnischen Medien von Politikern aller Parteien zur Frage des Nationalstolzes empor gehoben. In Nizza war man der Bedeutung Polens noch gerecht geworden. Doch nun soll das alles nicht mehr gelten, weil Frankreich und Deutschland es so wollen. Nach diesem Strickmuster schaukelte sich die Debatte in Polen immer höher. Jede politische Gruppierung überbot die jeweils andere in der Verteidigung der polnischen Identität in der EU. Und diese Identität war die „Nizza-Formel“, Ausgerechnet der Chef der einzigen bürgerlichen Oppositionspar-

tei, der „Bürger-Plattform“ (PO) Jan Rokita verstieg sich zu dem törichtem Satz „Nizza oder Tod“. Noch törichter war nur noch die polnische Regierung, die sich um jeden Verhandlungsspielraum bei der Regierungskonferenz in Brüssel brachte, als sie sich zur Speerspitze dieser „Nizza-oder-Tod-Front“ machte, anstatt die Diskussion um die EU-Verfassung zu versachlichen. Durch eine hohe Arbeitslosigkeit, Korruptionsaffären und das Auseinanderbrechen der Koalition mit der Bauernpartei (PSL) war die Regierung Miller so geschwächt, dass sie das Motto „Nizza oder Tod“ wörtlich nahm: Ein Regierungschef Miller, der aus Brüssel zurückgekehrt wäre, ohne Nizza um jeden Preis zu verteidigen, wäre politisch erledigt gewesen. Die Ironie des Schicksals, will es, dass Leszek Miller heute (zum Zeitpunkt des Redaktionsschluss dieser spw-Ausgabe) trotz oder vielleicht sogar wegen dieser Führungsschwäche in Europa fast isoliert und in Polen politisch gescheitert ist.

Es war und ist richtig, dass Deutschland und Frankreich das Prinzip der Doppelten Mehrheit nicht preisgegeben haben. Aber wie schon in der Irak-Frage war es auch hier nicht möglich einen konstruktiven Dialog zwischen der deutschen und der polnischen Seite zu führen. Die Verantwortung dafür lag sicher auf beiden Seiten. Allerdings zeigt sich in den Reaktionen nach dem Scheitern der Regierungskonferenz zur EU-Verfassung, dass in der Bundesregierung niemand da war, der den ernsthaften Versuch unternahm, an alte Zeiten der guten Zusammenarbeit in der Beitrittsfrage anknüpfend, einen Weg gemeinsam zu finden, der es der polnischen Seite erlaubt, ihre Position ohne all zu großen Gesichterverlust zu revidieren. Eher das Gegenteil war der Fall: Ungeduldig wurde den Polen mit Isolation gedroht. Zukünftige Strukturmittel, die Frage des Finanzrahmens der EU und die Debatte um ein Kerneuropa (natürlich ohne die Polen) waren die Antworten nicht nur der Franzosen, sondern auch der Bundesregierung. Das konnte in Polen nur als „Bestrafung“ des undankbaren EU-Neulings verstanden werden und machte es der ohnehin angeschlagenen Regierung von Leszek Miller nicht leichter sich aus der selbst verschuldeten Isolation zu befreien. Außerdem waren die Drohgebärden der beiden großen EU-Mitglieder nur Wasser auf die Mühlen der Kräfte in Polen, die Polen und die EU einer französisch-deutschen Dominanz ausgesetzt sehen, gegen die man sich wehren müsse.

Man muss sich überlegen, welche Assoziationen bei vielen Polen ausgelöst wurden, wenn in einer hochbrisanten Frage für Frankreich und Deutschland Russland ein wichtigerer Gesprächspartner ist als Polen.

Für ein Land mit der Geschichte Polens ist Vertrauen wichtig

Nun mag man an dieser Stelle einwenden, dass die EU kein Selbsterfahrungskurs für neurotische Regierungschefs ist und man deshalb nicht eine Extrabehandlung der polnischen Interessen verlangen kann, weil der polnische Ministerpräsident sich wegen innenpolitischer Schwächen in Europa isoliert. Aber genau diese Sichtweise, die ich im Bundestag oft zu hören bekomme, zeigt dass es nicht viele Mitglieder in diesem hohen Hause

gibt, die verstehen, warum die Frage der Sicherheit oder der nationalen Souveränität in Polen vielleicht doch sensibler und schwieriger gehandhabt wird, als in den anderen EU-Beitrittsstaaten aus dem ehemaligen Ostblock. Noch einmal: Es geht nicht darum, dass wir als Deutsche – etwa wegen der dunklen Seiten unserer gemein-

samen Vergangenheit – gegenüber den Polen nachgiebig sein sollen. Das Zauberwort heißt Vertrauen: Mag man sich manchmal noch so sehr über Attitüden und Verrenkungen der derzeitigen polnischen Regierung ärgern. Der redliche Versuch polnische Befindlichkeiten zu verstehen (was nicht bedeutet, sie gut zu finden) und das ehrliche Bemühen mit unserem östlichen Nachbarn eine herausragende Beziehung zu entwickeln, wie es der jungen Bundesrepublik mit den französischen Nachbarn gelungen ist, muss das Signal der deutschen Politik an die Polen sein. Das schafft Vertrauen, sicherlich nur langsam, aber dafür stetig.

Was soll ein Land, das drei Teilungen, schlimmsten Nazi-Terror und sowjetische Unterdrückung erlebt hat, davon halten, wenn ausgerechnet von deutscher Seite ein Kerneuropa ohne Polen, die Antwort auf die Differenzen in der Frage der EU-Verfassung darstellt.

Nicht nur die Art und Weise der Kommunikation (oder Nichtkommunikation) in den Fragen von Irak-Krieg und EU-Verfassung hat zur Krise der deutsch-polnischen Beziehungen beigetragen. Vielmehr haben die Aktionen zweier „privaten“ Organisationen mit dazu geführt, das mühsam seit 1989 aufgebaute Vertrauen der Polen in die Deutschen zu erschüttern: Zum einen die Stiftung für ein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin von BdV-Präsidentin Erika Steinbach und Peter Glotz und zum anderen die „Preußische Treuhand GmbH & Co. KG“ als verlängerter Arm bestimmter Vertriebenenvertreter, die ernsthaft oder als Provokation ihre „Ansprüche auf Grundeigentum und anderen Vermö-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



genswerten in den Preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße“ in Polen geltend machen will. Auch wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundespräsident Rau öffentlich deutlich machten, dass diese Aktivitäten nicht die Unterstützung von Regierung und Staatsoberhaupt haben, konnten beide nicht verhindern, dass in Polen der Eindruck entstand, dass nun relevante Teile der deutschen Gesellschaft auf dem Weg seien, die Vergangenheit zu relativieren und durch Aufrechnen von Leid die Opfer des Nazi-Terrors gar noch zu verhöhnen. Auch wenn weder das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibung in Berlin, noch der chauvinistische Amoklauf der Preußischen Treuhand eine breite Unterstützung in Deutschland genießen, lösten beide längst überwunden geglaubte Ängste und antideutsche Gefühle in Polen aus. Das zeitliche Zusammentreffen mit den politischen Auseinandersetzungen in für Polen wichtigen Fragen, wie Bündnistreue gegenüber den USA oder das Gewicht Polens in der EU, führte letztlich zu einer rasanten Entfremdung vieler Polen von Deutschland. Deutlich wahrnehmbare Versuche, die emotionalen Debatten zu versachlichen und Zeichen einer gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte zu setzen, gab es nur von den beiden Staatsoberhäuptern Kwasienewski und Rau.

Die SLD vor dem Niedergang?

Wie schon erwähnt, befindet sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung in einer schweren Krise. Während die SLD bei den Wahlen in 2001 noch 41 Prozent erhielt, liegt sie derzeit in den Umfragen bei 10 Prozent. Nicht nur bei den Umfragewerten wünscht sich so manches Mitglied der SLD wenigstens die deutschen Verhältnisse. Auch bei der Programmatik kann man bei der SLD und der von ihr gestellten Regierung deutlich weniger sozialdemokratisches Profil erkennen, als bei unserer Agenda 2010. Das fehlende Profil der Regierung, die aufgetretenen Fälle von Vetterwirtschaft und die steigende Arbeitslosigkeit, haben bei vielen

Polen den Eindruck erzeugt, dass sie eher von Apparatschiks aus alten Zeiten regiert werden, als von einer wirklich Sozialdemokratischen Partei. Mittlerweile rumort es in der SLD heftig. Viele Parteimitglieder verlangen eine sozialere Ausrichtung. Und auch der Rücktritt von Premier Miller als Parteivorsitzender und die danach erfolgte Wahl des amtierenden Fraktionsvorsitzenden Krzysztof Janik zum neuen Vorsitzenden (die SPD lässt grüßen...) konnten Partei und Regierung nicht in ein ruhigeres Fahrwasser bringen. Der neue Vorsitzende soll sogar schon intern den Ministerpräsidenten zum Rücktritt aufgefordert haben, so dass es nicht verwunderlich ist, dass sich die Situation in Polen schon wieder völlig anders darstellt, wenn der Leser die gedruckte Ausgabe dieser spw in den Händen hält. Eine Spaltung der SLD oder gar ihr völliger Untergang, ganz nach dem Vorbild der Bürgerlichen Wahlallianz AWS bei den letzten Wahlen ist nicht auszuschließen. Sollte dies geschehen, gäbe es weder links noch rechts der Mitte eine stabile Volkspartei, wie wir es in den meisten westeuropäischen Staaten kennen. Die bürgerliche Wahlplattform PO liegt derzeit in den Umfragen mit 25 Prozent immerhin doppelt so hoch im Kurs, wie ihr Wahlergebnis bei den letzten Parlamentswahlen. Der Shooting Star ist momentan Andrzej Lepper, der mit seiner Bauernpartei „Samooobrona“ (deutsch: „Selbstverteidigung“) ebenfalls bei 25 Prozent liegt. Lepper ist ein Populist, gegen den sein deutsches Gegenstück Ronald Schill selbst zu seinen besten Zeiten fast schon brav gewirkt hat. Wahrscheinlich keine guten Aussichten für eine stabile und handlungsfähige Parteienlandschaft in Polen. Gerade vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Situation der Linken in Polen, kommt einer intensiven Zusammenarbeit von SPD und SLD aber auch einer besseren Zusammenarbeit der beiden Regierungen eine große Bedeutung zu.

Die Europäische Integration als gemeinsame Aufgabe von Polen und Deutschen

Das vereinte Europa braucht die neuen Beitrittsländer. Nur durch eine kontinuierlich weiter geführte Europäische Integration in der EU der 25 kann die jahrzehntelange Teilung des Kontinents als Folge des Zweiten Weltkriegs endgültig überwunden werden. Dabei muss Polen und allen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks die gleiche Chance eingeräumt werden, die man damals Griechenland, Spanien und Portugal gegeben hat, nachdem sich diese Länder erfolgreich ihrer Diktaturen entledigt haben. Und: Eine vertief-

te Europäische Integration und ein enges Bündnis mit den USA schließen einander nicht aus. Diese klaren Botschaften sollte gerade die Bundesregierung immer wieder betonen, um deutlich zu machen, dass sie Polens Beitrag für die Wiedervereinigung wirklich zu würdigen weiß. Außerdem gibt es viele konkrete Projekte, die Polen und Deutschland gemeinsam voran bringen könnten: Das Weimarer Dreieck mit Frankreich und Polen von deutscher Seite zu forcieren, wäre das richtige Signal an Polen. In Polen gibt es viele Intellektuelle in Politik und Medien, die durchaus für einen Kurs hin zu einer vertieften Europäischen Integration zu gewinnen wären. Deshalb war Joschka Fischers Abschied von dem Begriff „Kerneuropa“ der richtige Schritt zur richtigen Zeit. Kein EU-Mitgliedsland könnte so viel in eine neue EU-Ostpolitik einbringen wie Polen. Deutsche und Polen könnten die Vorreiterrolle einer neuen EU-Ostpolitik im Rahmen der EU-Strategie „Wider Europa“ übernehmen. So paradox es klingen mag: Angesichts der Probleme seine Verpflichtungen im Irak oder in der NATO zu erfüllen und einer ungewissen künftigen Entwicklung in Russland, könnte eine Europäische Verteidigungs- und Sicherheitsunion für Polen durchaus interessant sein. Nachdem Schröder und Chirac nun Toni Blair ins Boot einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik geholt haben, wäre es doch einen Versuch wert, dazu auch Polen die Hand zu reichen.

All diese Beispiele zeigen, dass man durch konkretes Miteinander in der EU auch die deutsch-polnischen Beziehungen weiterentwickeln kann. Spätestens jetzt wird auf den berechtigten Einwand geantwortet werden müssen, ob denn die politische Klasse in Polen zu diesem europäischen Kurs überhaupt bereit ist. Vielleicht

Eine Spaltung der SLD oder gar ihr völliger Untergang, ganz nach dem Vorbild der Bürgerlichen Wahlallianz AWS bei den letzten Wahlen ist nicht auszuschließen.

gibt es derzeit angesichts der Missverständnisse und Enttäuschungen keine Mehrheit in Polen für diesen Kurs. Und es stimmt, dass es in Polen viele konservative Politiker gibt, die das angelsächsische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell attraktiver finden, als den „Rheinischen Kapitalismus“. Aber auch sie könnten wir am Ende für uns gewinnen, wenn wir glaubhaft machen, dass für uns auch die EU der 25 eine Wertegemeinschaft bleibt, bei der die weniger reichen Staaten sich auch in Zukunft auf die Solidarität der besser gestellten Staaten verlassen können. Wenn Polen dann noch sicher sein kann, dass es für Deutschland von herausragender Bedeutung ist, Polen als Freund und Partner in dieser EU zu haben, wäre das ein Angebot, dass am Ende keiner ausschlagen kann. Zumindest früher oder später!

spw 2 / 2004